

„Die Zeit drängt“

Auch die Diakonie fordert eine Reform der Pflegefinanzierung, lehnt die Subventionierung privater Versicherungspolice aber ab. Ein Gespräch mit Vorständin Maria Loheide.

Frau Loheide, der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz fordert in einem aktuellen Gutachten eine Reform der Pflegeversicherung. Um die Finanzierungslasten nicht weiter zu erhöhen, sollte der Leistungskatalog der Pflegeversicherung nicht weiter ausgedehnt werden. Eine Vollversicherung lehnen sie ab. Wie bewerten Sie diese Vorschläge?

Das Gutachten zeigt die umfangreichen Pflegeaufgaben auf, die mit dem demografischen Wandel auf die deutsche Gesellschaft zukommen. Die hohen und weiter steigenden Pflegekosten sollen über eine verpflichtende private Versicherung abgedeckt werden. Die Versicherungsprämien sollen einkommensabhängig vom Staat subventioniert werden.

Aus unserer Sicht ist kaum vorstellbar und auch nicht sinnvoll, dass aus Steuermitteln private Versicherungspolice subventioniert werden. Steuermittel sollten in der Pflegeversicherung eingesetzt werden, ähn-

lich wie auch in der Renten- und Krankenversicherung. Das Leistungsniveau der Pflegeversicherung muss gesellschaftlich und politisch ausgehandelt werden. Der Vorschlag der Diakonie zum Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung sieht durchaus eine Eigenbeteiligung zu den Pflegeleistungen vor. Der Eigenbeitrag muss allerdings kalkulierbar sein. Dann können Versicherte Vorsorge treffen, auch in Form einer privaten Zusatzversicherung. Eine private Zusatzversicherung werden sich allerdings nicht alle Menschen leisten können.

Mit Blick auf den demografischen Wandel droht der Gesamtbeitrag zur Sozialversicherung andernfalls von heute 40 Prozent auf über 50 Prozent der Bruttolöhne zu steigen, prognostizieren die Autoren. Gerät die Finanzierbarkeit der deutschen Sozialversicherung insgesamt in Gefahr – und stößt das Umlageverfahren damit an seine Grenzen?

Für die Pflegeversicherung muss gelten, was auch für die anderen Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung gilt: Zur Finanzierung von gesamtgesellschaftlich

bedeutsamen Aufgaben muss ein Steuerzuschuss fließen.

Sie selbst haben jüngst einen Pflegegipfel gefordert. Wie lässt sich aus Ihrer Sicht die Finanzierung der Pflege nachhaltig und generationengerecht sicherstellen?

Notwendig ist eine Kombination zur Erhöhung der Einnahmen der Pflegeversicherung. Bei der Beitragsbemessung müssen Einkommensarten wie Kapital- und Mieterträge herangezogen werden. Eine Beitragssatzerhöhung wird notwendig sein und die Beitragsbemessungsgrenze muss auf das höhere Niveau der Rentenversicherung angehoben werden. Die Steuermittel sollten unter anderem für die Alterssicherung und Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige eingesetzt werden. Aber auch die Länder und Kommunen müssen ihren Beitrag zu einem würdevollen Leben alter Menschen leisten, erstere durch die Investitionsförderung moderner Pflegeeinrichtungen, letztere durch eine quartiersbezogene Altenhilfe. Es ist eine ganzheitliche längerfristige Strategie notwendig. Die Zeit drängt.

Die Fragen stellte Steve Schrader.



„Das Leistungsniveau der Pflegeversicherung muss gesellschaftlich und politisch ausgehandelt werden“

Maria Loheide, Vorständin Sozialpolitik
Diakonie Deutschland Foto: Diakonie